



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Paraguay 2013

Im März 2013 hat das UN Human Rights Committee seine Betrachtungen zum dritten regelmäßigen Report über Paraguays Umsetzung des International Covenant on Civil and Political Rights abgeschlossen. Dabei wurde unter anderem die Überbelegung in Gefängnisse als ein Problem angesprochen. Der Staat Paraguay antwortete auf eine entsprechende Frage, dass die größte Haftanstalt des Landes, in Tacumbu, demnächst renoviert und erweitert werden solle.

Im Oktober 2013 organisierte der National Preventive Mechanism of Torture*) (NPM) in Paraguay zusammen mit der Association for the Prevention of Torture und dem UN High Commissioner for Human Rights eine öffentliche Veranstaltung über die Menschenrechtssituation in Haftanstalten in Paraguay. Die anwesende neue Justizministerin erkannte die Arbeit des NPM an und stimmte zu, dass das Haftsystem vor großen Herausforderungen steht, insbesondere was Überbelegungen betrifft.

Quellen: www.ohchr.org
www.apr.ch

Am 15. Juni 2012 war es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Landbesetzern und der Polizei bei einer Zwangsräumung in Curuguaty gekommen. Dabei wurden 11 Bauern und 6 Polizisten getötet. Augenzeugenberichten zufolge sollen bei der Zwangsräumung einige der Bauern unter verdächtigen Umständen getötet worden sein. Auch wird der Vorwurf übermäßiger Gewaltanwendung und von Misshandlungen durch die Polizei erhoben. AI hatte Ende 2012 eine Delegation in die Gegend entsandt und mit den Betroffenen gesprochen.

Im Juni 2013 fanden die Voranhörungen im Prozess gegen mehrere Bauern statt, wegen der Tötung der Polizeibeamten sowie illegaler Landbesetzung.

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurden bisher einseitig geführt. AI fordert, dass es eine unparteiische und gründliche Untersuchung aller Todesfälle, auch derjenigen der Landbesetzer geben muss.

Bei der Anhörung vor dem UN Human Rights Committee im März versprach die paraguayische Delegation, dass die Vorwürfe von Misshandlungen untersucht würden.

Quelle: Amnesty News Service
www.ohchr.org

*) Diese Beobachtungsstellen sind in jedem Land eingerichtet, das den OPCAT-Vertrag unterzeichnet hat und sollen dessen Einhaltung überwachen.